

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 14

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Neues kollektives Sicherheitssystem.

England hat die Initiative ergriffen, um ein neues System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. „München“ war der Zusammenbruch des alten, auf den Völkerbund gegründeten, mit diesem Namen bedachten Systems gewesen. An seine Stelle, so träumten Chamberlain und Bonnet, werde die Solidarität der vier zentral- und westeuropäischen Großmächte treten, in deren Schatten und schützender Rivalität die Kleinen sich gesichert fühlen dürften. Die Garantie für die neuen Grenzen der Tschechei sollte den Anfang eines neuen Zusammenspiels bilden. Rußland blieb ausgeschaltet, hatte im Westen nicht mehr zu suchen. Die noch übrigen Streitpunkte zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer würden durch ein neues „Mittelmeer-München“ geregelt, die deutschen Kolonialwünsche auf irgendwelchen Wegen befriedigt. Da sozusagen alle Deutschen „erlöst“ waren, und da Hitler erklärt hatte, in Europa keine territorialen Wünsche mehr zu haben, konnte man eine wirkliche Befriedigung auf der neu geschaffenen Grundlage erhoffen. Die spanische Entscheidung zugunsten Francos war als weiteres Bindeglied zwischen den Diktaturen und den Westmächten gedacht. Franco würde dankbar sein für die „Nichteinmischung“ Frankreichs, mindestens so dankbar wie für die italienisch-deutsche Hilfe. Alles schwamm mit der Zeit in der Butter, die sozusagen unter der Sonne von München warm zu werden begann.

Wie fern liegen die Tage dieser Träume! Der Coup gegen die Tschechoslowakei hat mit einem Schlag die Welt geändert. Ein Patzsystem ist im Entstehen begriffen, weit bewußter und mit ganz andern Verpflichtungen zementiert als das von Versailles. Wir registrieren heute die Anfänge: Nach der britisch-französischen Erklärung, wonach ein Angriff auf die holländische, belgische und schweizerische Grenze sofort die Unterstützung der hilfeheischenden Kleinen durch London und Paris zur Folge haben werde, folgt die zweite vertragliche Verpflichtung der Westmächte:

England hat mit Polen einen Vertrag abgeschlossen, wonach jeder Angriff auf polnisches Territorium, der von Polen als Bedrohung seiner Unabhängigkeit betrachtet würde die Hilfe Englands mit allen Mitteln zur See, zu Land und in der Luft nach sich zöge. Frankreich ist eine gleichlautende Verpflichtung eingegangen. Polen seinerseits gab Garantien für die Einhaltung seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Rumänien. Das bedeutet aber, daß es bei einem Angriff von deutscher oder ungarischer Seite auf Rumänien sich gegen diese Angreifer wenden, also den deutschen Angriff auf sich ziehen und damit das Bündnis mit den Westmächten zum Spielern bringen würde.

Selbstverständlich wird die Verpflichtung Polens nicht mit allen Einzelheiten an die große Glocke gehängt. Man wird aber, wenn der als deutschfreundlich verschriene polnische Außenminister Beck (der sich mehr und mehr als klügster polnischer Patriot erweist), London auffucht, diese Einzelheiten festlegen, und der Rest wird in Paris besorgt. In Berlin aber wird man innerwerden, welche Politik der angebliche Freund Hitlers in Wahrheit getrieben: Die der praktischen Notwendigkeit. Das heißt, daß er alles getan, um ein Zusammenleben mit dem mächtigen deutschen Reiche möglich zu machen, dabei aber nichts verhinderte, was die Kontaktnahme mit dem Westen und mit Rußland in der Stunde der Gefahr erleichterte . . . vor allem für den Fall französischer und britischer Verpflichtungswilligkeit in Osteuropa.

Das Charakteristikum der neuen Sicherheitssysteme aber liegt gerade in der briti-

schen Bereitschaft, sich auf dem Kontinent zu verpflichten. Das ist ein Novum erster Ordnung. Seit dem Versaillerfrieden haben die Franzosen um diese britische Bereitschaft gerungen. Sie erklären uns heute, daß sie der Weimarer Republik ganz anders begegnet sein würden, hätte England irgendwie guten Willen gezeigt, mit seiner Macht für die Erhaltung der neu geschaffenen Zustände einzutreten. Und es ist so: Die „Isolation“ Englands, genau wie übrigens auch die der Vereinigten Staaten, hat das Aufkommen der deutschen und italienischen Faschismen weitgehend verschuldet.

Heute, sozusagen fünf Minuten vor zwölf, holen die Engländer das Versäumte nach, und Berlin erlebt zu seiner Verblüffung nie geahnte Dinge. Und man wird die Reaktion über kurz oder lang innwerden. Denn noch ist nicht alles geschehen, was die Engländer planen. Ausstehend sind noch die neuen militärischen Abmachungen mit den Russen. Sie scheinen weiter zu gehen, als man anfänglich angenommen. Ob auch die asiatischen Kriegsschauplätze in die Aktionspläne aufgenommen werden, weiß man nicht, aber die Nachrichten von einem neuen russisch-chinesischen Militärvertrag stimmen nach allen Anzeichen. In den europäischen Belangen aber will England Rußland so weit als nur möglich heranziehen. Der Fall eines nur auf die Westfronten ausgedehnten Krieges soll aus der Liste der Möglichkeiten verschwinden. Die Bündnispflicht der drei Großmächte soll spielen, ob nun ein deutscher Vorstoß gegen Polen oder gegen irgendwelche westliche Grenze, oder gegen Rumänien erfolgen würde.

Im letzten Herbst zirkulierte ein Gerücht: der deutsche Generalstab habe Hitler erklärt, er und seine Paladine würden für den Fall, daß er die Reichswehr in einen Zweifrontenkrieg hinein manöviere, Knall auf Fall verhaftet. Der britische Geheimdienst wußte von diesen Dingen nichts . . . also waren es Gerüchte! Was aber heute kein Gerücht mehr ist, das ist folgendes: Der deutsche Generalstab hat die Garantie, für den Fall eines Angriffes den Zweifrontenkrieg führen zu müssen . . . mit zu wenig Benzin!

Denn Rumänien hat nicht nur mit Deutschland, es hat auch mit Frankreich einen neuen Handelsvertrag abgeschlossen und verdoppelt seine Petrolieferungen an Frankreich, nicht an Deutschland! Ribbentrop versucht, die britisch-polnischen Abmachungen als leeres Gerede zu bagatelisieren. Hitler droht in der Kieler Rede den „kleinen Trabantstaaten“, die doch gar nicht ins neue Bündnisystem gehören. Der deutsche Generalstab aber zählt nicht zu den Blindgläubigen, die die offizielle Beschwichtigungsmaschine ernst nehmen. Auch nach der schroffen Entlassung des Generalstabschefs von Beck durch Hitler . . . sie erfolgte nach den letzten Septembertagen . . . macht man sich in Armeekreisen ein eigenes Bild der Weltlage.

Daladier sagt nein, trotz Spanien.

Als Antwort auf die große Mussolinirede erwartete die Welt irgendwelche Geste Frankreichs, um Italien, das heißt seinem Chef zu ermöglichen, vom hohen Roß herunter zu steigen und seine realen Forderungen zu nennen, sich irgendwie festzulegen. Daladier hat keine solche Geste getan, auch wenn er, genau wie der Duce, die Tür zu Verhandlungen nicht zugeschlagen. Das positive Echo seiner Rede in den meisten Staaten der Welt, und das negative in Rom und Berlin läßt erkennen, wie weit die beiden Mächtigkeitsgruppen auseinandergekommen. Sie sprechen nicht mehr die gleiche Sprache . . . wie sollten sie sich verstehen! Denn Daladier erklärt, der Duce wolle ein neues Reich begründen, indem er aus der Eroberung Abessinians eine neue Lage konstruiere, die neue

Ansprüche schaffe, und wenn er ein solch neues Recht ablehnt, dann hört man im neuen Rom nur einen „häßlichen konservativen Geist“. Wenn der französische Premier wiederholt, daß Frankreich weder ein italienisches Recht auf französisches Territorium noch irgendwelche andern Rechte anerkenne, dann konstruiert Rom die totale Ablehnung aller Verhandlungen.

Es ist nun eine Art Schwebezustand eingetreten ... Italien behauptet, Frankreich fenne die Gegenstände, über die man zu verhandeln wünsche, sie seien mit den drei Namen Dschibuti, Tunis und Suez bezeichnet ... Frankreich dagegen stellt fest, daß es mit diesen Namen nichts anfangen könne; territoriale Forderungen seien nicht angemeldet ... was es sonst zu melden gäbe, das eben liege an Italien. Unter Schulbuben würde man das ein „Gstürm“ nennen ... in der hohen Politik aber bewertet man diese lazierende Nennung dreier Namen anders.

Mittlerweile hat sich die spanische Frage entschieden ... überraschend und ganz im Sinne der Diktatoren, wie man meinen sollte. Madrid ist ohne Kampf übergegangen und hat heute wieder zu essen; ihm folgten Butsche in Almeria, Valencia, Ciudad Real, Jaen ... über Nacht brach der Widerstand allerorten zusammen. Der Papst sendet Franco seinen Segen; General Miaja landet in Oran und erklärt: „Alles ist aus ...“ Wer von den regierungstreuen Offizieren und Beamten fliehen kann, flieht vor den Franco-Kriegsgerichten. Wir werden nicht vernemen, was alles für Urteile fallen und vollzogen werden. Auf jeden Fall wird der Sieger das Rückgrat des Republikanismus zu brechen versuchen.

Mit diesem Siege Francos ist nun auch der Moment der Entfernung aller Italiener und Deutschen vom spanischen Boden gekommen ... oder aber der Moment ihrer Verstärkung und ihres Aufmarsches an den Pyrenäen und vor Gibraltar. Vielleicht hat Mussolinis höhnisches „Wir können warten“ verraten, was geplant ist. Unterdessen aber hat England in Polen das organisiert, was auch einen Pyrenäenaufmarsch bei weitem wettmacht.

Geistige Landesverteidigung beschlossen.

Ständerat und Nationalrat haben einer Vorlage zugestimmt, nach welcher jedes Jahr eine halbe Million Franken ausgegeben werden solle für „Kulturwahrung“ und „Kulturwerbung“. Diese Summe wird einer Stiftung „Pro Helvetia“ übergeben. Der Chef des Innendepartements führt den Vorsitz. Universitäten, kantonale Erziehungsdepartemente, die ETH Zürich und die St. Galler Handelshochschule, daneben die kulturellen Verbände des Landes werden vertreten sein ...

Es ist nicht so, daß man bisher in der Schweiz nichts getan und nichts ausgegeben hätte für schweizerische Kulturbelange im engern Sinne, sagen wir für Wissenschaft, Kunst, Literatur usw. Das Bundesbudget hat verschiedene Posten, die davon zeugen. Die Maler, Bildhauer und Architekten, die Schriftsteller und andere Gruppen sind über die Bundeszuwendungen mehr als froh ... in ihren Kassen spielen die Bundesfranken sogar eine erhebliche Rolle; die Kommissionen, welche für die Verwendung dieser Gelder bestellt sind, wissen recht gut, was sie zu tun haben ... und ihre Sorge geht nur nach „mehr“.

Wir können schließlich die Aufwendungen für alle Stufen der Schule, von der Volksschule bis zu den Hochschulen, ins gleiche Kulturbudget rechnen und mit einigem Rechte sagen, die Schulung unserer Jungen sei ja Kulturwahrung schlechthin; was alles an Erziehung und Unterricht geleistet werde, sei gar nichts anderes als eben ein Weitergeben unserer kulturellen Errungenschaften an die nächste Generation. Wir haben uns diese Sache immer etwas kosten lassen.

Der neue Budgetposten verfolgt nun aber doch ein ganz bestimmtes, anders geartetes Ziel. Die neu herauskommende Zeit mit ihren besondern Gefahren hat ihn gebieterisch verlangt. Wir können behaupten, es seien die Pro-

pagandaministerien der totalitären Staaten, die uns zu solch besonderer Kulturverteidigung gezwungen habe. Mit andern Worten: Die Stiftung „Pro Helvetia“ wird in Konkurrenz mit den Herren Goebbels und wie sie heißen mögen, treten. Und wird den Beweis zu leisten haben, daß eine Stiftung mit bestellten Kommissionen es ebenfogut, vielleicht gar besser als die genannten Ministerien machen könne. Die ministeriellen Parolen, dies und dies zu schreiben, dies und dies im Radio zu rufen, (oder umgekehrt, zu verschweigen!) werden wir natürlich nicht kopieren können. Die totlichere Kommission, auf die wir warten (oder werden es mehrere sein?) kann nur empfehlen, anraten und ... finanzieren. Mit Redaktoren einzeln oder in globo sprechen. Mit den Chefs der Radio-Studios, der Depeschenagentur, dem Telephon-Kundenspruch reden, Direktiven ausmachen.

Wir hoffen nur, diese „Wahrung“ und „Werbung“ laufe nicht auf vermehrte vaterländische Vorträge in Fortbildungs- und Abendschulen oder ähnliche schon genugsam betriebene und gar nicht so fruchtreiche Methoden hinaus. Und im übrigen: Den vaterländischen Geist, die „Willigkeit“ zum Vaterlande können wir in den untersten Volksschichten mit keiner Methode besser heben als mit jener der umfassenden Arbeitsbeschaffung!

Elemente der Planung.

Im Drange der vielerlei Geschäfte ging eine kleine nationalrätkliche Ermächtigung des Bundesrates an den Ohren und Augen des Zeitungslers vorbei, ohne den Eindruck zu machen, den sie eigentlich verdient hätte. Der Bundesrat soll nämlich „allgemeine Richtlinien für die landwirtschaftliche Produktion festsetzen und das Ausmaß der Betriebsumstellung für den einzelnen Betrieb bestimmen“ dürfen. Ein katholischer Parlamentarier bekannte, daß es „ganz ohne Zwang nicht mehr gehe“. Und wie er empfindet nachgerade der hinterste Eingeweichte, der seit Jahren dem Spiel zugesehen: Heute Milchschwemme, also Stützung des Preises, der sonst fallen müßte, morgen Butter-Ueberfluß, also irgendwelche Hilfe, Sperrung der fremden De- und Fett-Zufuhr, oder doch schwere Belastung mit Zollerhöhungen, wobei schnell der Fiskus einige Millionen für seine löcherige Kasse macht, oder es kommt Duttweiler und erfindet die Einsiebeaktion, übermorgen haben wir wieder eine Käsenot, und über-übermorgen klappt's wieder nicht mehr mit den Viehpreisen und dem Fleischkonsum ...

Was der Bundesrat im Falle der Landwirtschaft zu tun ermächtigt wurde, geht in einer Richtung mit den neuen, immer noch sehr umstrittenen Wirtschaftsartikeln, hat aber eine eigene Bedeutung und eigene Konsequenzen. Alle Feinde des Zwanges sehen eine „bürokratische Gefahr“ im Anzuge und erinnern sich des berühmten Beispiels der Schweine-zuteilung, nach welcher einer das Recht erhielt, 2½ Säue zu halten, ein anderer nur eine halbe ... zusammen durfte es aber nicht drei ganze geben. Die Freunde der Planung aber sagen: So braucht es nun doch nicht notwendigerweise zu gehen! Der Bundesrat soll sich mit den Verbänden verständigen, und die landwirtschaftlichen Organisationen sollen „echt demokratisch“ ihre Mitglieder verpflichten; notwendig sind nur bundesrätkliche Direktiven.

Es sind auch die Freunde dieser Ermächtigung, welche hoffen, die hohe Milchsubvention, welche der Ständerat im ersten Anlauf bewilligte, (und welche der Nationalrat kaum widerrufen wird), sei zum letzten Mal zugesprochen worden. 12 Millionen wollte der Bundesrat erlauben, 26 sagt der Ständerat. 19 Rappen, fand die Landesregierung, genüge für die Bauern, 20 Rappen pro Liter will der Ständerat. Es ist geschehen, und im Herbst sind Wahlen, und man hofft auf den Dank der Bauern. Aber das sind Nebensachen. Hauptsache: Man denkt, wenn „von Bern aus“ jedes Heimet auf so und soviel Ackerfläche und so und soviel Verminderung der Milchkuhe verpflichtet sei, werde endlich dieses Millionenmelken an der Bundeskuch aufhören!